

Der Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Erfurt . Der Oberbürgermeister . 99111 Erfurt

Herr Kallenbach
Fraktion CDU

**Anfrage nach § 9 Abs. 2 GeschO – DS 2190/18, öffentlich
Soziale Spaltung in Erfurt**

Journal-Nr.:

Sehr geehrter Herr Kallenbach,

Erfurt,

Ihre Anfrage beantworte ich Ihnen wie folgt:

Welche Erklärung haben Sie dafür, dass Erfurt zu den Städten in Deutschland mit den gravierendsten sozialen Unterschieden zwischen den einzelnen Stadtteilen gehört?

In der zitierten Studie werden die Ursachen für die starken sozialen Unterschiede, vor allem unter Betrachtung der Plattenbaugebiete und der Innenstadt/Gründerzeit, ausführlich beschrieben, sodass hier nur einige Aspekte herausgegriffen werden können:

Die Grunddisposition und viele Ursachen für diese Entwicklung liegen zu erheblichen Teilen bereits weit zurück in der Vergangenheit. So ist die noch aus dem 19. Jahrhundert stammende sozialräumliche Gliederung Erfurts auch in der DDR-Zeit nicht ernsthaft in Frage gestellt worden, vielmehr wurden die bislang benachteiligten Arbeiterquartiere durch die modernen neuen Wohnbauten aufgewertet, während der bürgerliche Altbaubestand zunehmend dem Verfall überlassen und schließlich ersetzt werden sollte.

Dies hat sich dann in den 1990er Jahren mit den wirtschaftlichen Prozessen und endogenen Entwicklungen des im Vergleich zu den alten Bundesländern kaum abgefederten, "harten" Strukturwandels überlagert. Die vor 1990 mehr oder weniger staatlich gesteuerte soziale bzw. ausbildungsseitige Durchmischung der Wohnbevölkerung innerhalb der Neubausiedlungen war nach 1990 einem rasanten Entmischungsprozess unterworfen, an dem die damalige Stadtbevölkerung im Eindruck des wirtschaftlichen Wandels und des neoliberalen Zeitgeistes nur zum Teil Anstoß genommen hatte.

Ein weiterer Faktor war die historische städtebauliche Entwicklung nach 1945. In den im zweiten Weltkrieg stark zerstörten Städten sind beim Wiederaufbau in der DDR über das gesamte Stadtgebiet verteilt ähnliche Qualitäten im Wohnungsneubau entstanden, sodass hier auch heute noch ein großes Spektrum der Wohnbevölkerung lebt, wie beispielsweise in Dresden oder Magdeburg. Die historische Unterteilung in gute und schlechte Lagen ist mit der Zerstörung zu erheblichen Teilen egalisiert worden.

Seite 1 von 5

Sie erreichen uns:

E-Mail: oberbuergemeister@erfurt.de
Internet: www.erfurt.de

Rathaus
Fischmarkt 1
99084 Erfurt

Stadtbahn 3, 4, 6
Haltestelle:
Fischmarkt

In den Städten mit geringen oder so gut wie keinen Kriegsschäden, und hier zählt Erfurt in der Tat zu den herausragenden Beispielen, hat die Sanierung zunächst der hochattraktiven Altstadt und infolge auch der gründerzeitlichen Bestände binnen weniger Jahre enorme Umzugsaktivitäten aus den Großsiedlungen in den Altbau (und natürlich auch ins Einfamilienhaus) ausgelöst. In den Großwohnsiedlungen blieben die finanziell und sozial schwächer aufgestellten Haushalte zurück. Diesen Effekt kann man ebenfalls auch Schwerin, Rostock, abgeschwächt auch in Leipzig feststellen.

Dazu ein Auszug aus der Studie von Prof. Helbig:

"Beide architekturhistorischen Besonderheiten, die nach der Wende wenig begehrten sozialistischen Plattenbauten in Stadtrandlage auf der einen und die stark begehrten, wieder aufgebauten Innenstädte auf der anderen Seite, so die hier vertretene These, haben in Rostock, Erfurt, Potsdam, Weimar, Halle und Jena zur Etablierung zweier Wohnlagen geführt, die sich extrem stark in ihrer Wohnattraktivität unterscheiden. In Magdeburg und Dresden sind die Attraktivitätsunterschiede wesentlich kleiner, da sich erstens mehr Plattenbauten in den Innenstädten befanden, es zweitens weniger Plattenbauten gab und es drittens weniger Wohnraum in attraktiven Altbauten, der saniert wurde."

Darüber hinaus muss man auch beachten, dass stadträumlich die besseren Wohnlagen in Erfurt traditionell schon immer im Süden und Westen der Stadt lagen. Hier wohnt das neue wohlhabende Bürgertum und teilweise noch die alten bürgerlichen Familien aus der DDR-Zeit, die mehr Möglichkeiten haben, Verantwortung für ihren Stadtteil zu übernehmen und die Verantwortung auch bewusst öffentlichkeitswirksam artikulieren. Mit dem späteren Bau der südöstlichen Plattenbaugebiete, die vorrangig für die im Südosten in der Mikroelektronik arbeitende Bevölkerung gebaut wurden, hat sich unbewusst die schon vorhandene sozial-räumliche Gliederung sogar noch im komplexen Wohnungsbau fortgesetzt.

Diese Grunddisposition hat sich dann in der Dekade des Stadtumbaus von 1999 bis 2008 überdeutlich in den exorbitant hohen Leerstandsquoten in den Großsiedlungen gezeigt. Mit zunehmendem Zuzug und einem zunehmend angespannten Wohnungsmarkt ist es aufbauend auf dieser Situation dann zu einer für die neuen Bundesländer auffällig starken Differenzierung der Angebotsmieten gekommen, die sich weiter verstärkend auf die Segregation auswirken.

Welche Erklärung haben Sie für die unterschiedliche Entwicklung der Großwohnsiedlungen im Norden und im Südosten der Stadt in den letzten Jahren?

Ein wesentlicher Grund der in den letzten Jahren verstärkt auftretenden unterschiedlichen Entwicklung in Nord und Südost wird darin gesehen, dass sich die Eigentumsverhältnisse in den nördlichen und südlichen Gebieten stark verändert haben. Die KoWo als das städtische Wohnungsunternehmen mit allerhöchster sozialer Verantwortung in Sachen Wohnungsversorgung hat nach dem Verkauf von ca. 5.000 Wohnungen im Norden einen Anteil von 57 Prozent der Wohnungen in den Stadtteilen Berliner Platz, Rieth, Roter Berg und Moskauer Platz. Von den insgesamt 15.620 Wohnungen gehören 8.889 Wohnungen der KoWo. Im Südosten hat die KoWo nur noch 12 Prozent vom Gesamtbestand der Wohnungen. D. h. von den in den Stadtteilen Herrenberg, Wiesenhügel, Drosselberg und Buchenberg vorhandenen insgesamt 12.134 Wohnungen gehören 2018 nur noch 1.431 Wohnungen der KoWo.

Betrachtet man nur die soziale Verantwortung der KoWo und die ihr obliegende Pflicht der Wohnraumversorgung, so ist festzustellen, dass gerade die in den letzten Jahren verstärkt Wohnraum Suchenden der migrantischen Zuwanderung nahezu ausschließlich von der KoWo versorgt wurden. Das bedeutet, dass ein Großteil der von Transferleistungen lebenden Mieter in die nördlichen Stadtteile und in die Bestände der KoWo zogen.

Die Genossenschaften berufen sich aufgrund der Besonderheit des Genossenschaftsrechts auf den Standpunkt, dass sie ihre Mieter selbst auswählen können und dies dem genossenschaftlichen Grundgedanken entspricht. Hinzu kommt, dass bei einer Wohnung von

einer Genossenschaft der Genossenschaftsanteil einzubringen ist, was Mietern, die von Transferleistungen leben, in der Regel schwer fällt.

Betrachtet man dazu noch den Anteil von sogenannten "Großhäusern" (Wohnscheiben und Punkthochhäuser, mit mehr als 120 WE pro Gebäude), die allgemein eine spezifische Problemlage in punkto Sicherheit, Sauberkeit, soziale Kontrolle haben, dann muss festgestellt werden, dass auch hier der Anteil im Norden viel höher ist als im Südosten.

Der Anteil der KoWo an den Großhäusern beträgt im Norden 87 Prozent. D. h. von den 4.447 Wohnungen der KoWo in den nördlichen Plattenbaustadtteilen befinden sich allein 3.851 Wohnungen in Großhäusern. Im Südosten befinden sich lediglich 26 Prozent der KoWo-Wohnungen in Großhäusern. Der Kowo-Bestand im Südosten beträgt 2.028 Wohnungen, davon 529 Wohnungen in Großhäusern.

Diese drei Aspekte:

- Höherer Anteil der KoWo an Wohnungen in den nördlich Stadtteilen
- soziale Verantwortung der KoWo
- hoher Anteil an Wohnungen in Wohnscheiben und Punkthochhäusern

begründen neben anderen weiteren Kriterien die unterschiedliche Entwicklung der Großwohnsiedlungen im Norden und im Südosten der Stadt in den letzten Jahren.

3. Welche Lösungsansätze sehen Sie, um der fortgeschrittenen sozialen Spaltung in Erfurt entgegenzuwirken?

Eine Trendumkehr bei Segregationsprozessen ist leider ein zeitlich überaus langfristiger Prozess, der erst nach vielen Jahren beharrlicher Anstrengung Erfolge zeigt. Ein gelungenes Beispiel in Erfurt stellt ohne Zweifel die Krämpfervorstadt dar, die ausgehend von einem traditionell, auch noch in der Wendezeit sehr negativen Image inzwischen in knapp 30 Jahren zu einem attraktiven, nachgefragten Wohngebiet geworden ist.

Seit den 1990er Jahren flossen sowohl in die nördlichen als auch in die südöstlichen Plattenbaugebiete erhebliche Städtebaufördermittel als auch Wohnungsbaufördermittel. Neben der Sanierung der Altstadt wurde zeitgleich auch der Prozess der Aufwertung der Großwohnsiedlungen gestartet. Beispielgebend sei hier nur genannt: Neugestaltung des Kammwegs, Schaffung von Kinderspielplätzen in der Geraaue, Gestaltung des Wohnumfelds auf den Grundstücken der Wohnungsunternehmen.

Mit den jetzt aktuell laufenden Projekten "Nördliche Geraaue", der Neugestaltung der Fußgängerzone Berliner Platz, der Neugestaltung des öffentlichen Raums im Rieth folgen weitere umfangreiche Investitionen, die zu einer nachhaltigen Aufwertung der Gebiete beitragen können.

Dabei muss an dieser Stelle jedoch darauf hingewiesen werden, dass es sich dabei um Maßnahmen handelt, die nur über einen längeren Zeitraum zur Aufwertung und besseren sozialen Durchmischung beitragen.

Aufgrund des in Erfurt vorherrschenden Mangels an Bauland für dringend benötigten Wohnungsneubau bietet sich die Chance, mit der Ergänzung neuer, anderer Wohnformen auf den Rückbauflächen der Großsiedlungen deutlich gegensteuern zu können.

Im vom Stadtrat am 17.10.18 beschlossenen Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Erfurt 2030 ist hierfür der Leitsatz formuliert, Großwohnsiedlungen behutsam zu zukunftsfähigen Stadtteilen umzuwandeln. Durch die Nutzung der Neubaupotenziale sowohl auf den geeigneten Rückbauflächen im Inneren der Großsiedlungen als auch deren Randbereiche zu den benachbarten Stadt- und Ortsteilen für vielfältige, innovative oder auch experimentelle Wohnprojekte kann das Maß an sozialer Durchmischung innerhalb der Großsiedlungen deutlich gesteigert werden. Aufgrund des generell prognostizierten Wohnraumbedarfes, welcher im

Wesentlichen künftig nur durch Wohnungsneubau gedeckt werden kann, sowie der attraktiven Anbindung der Großsiedlungen an den ÖPNV und an großflächige Frei- und Naturräume ist eine bauliche Entwicklung der geeigneten Rückbauflächen durchaus realistisch. Eine im Rahmen der Fortschreibung des ISEK Erfurt 2030 erstellte Studie zu den Neubaupotenzialen der Rückbauflächen hat ergeben, dass auf den als geeignet eingeschätzten Flächen Neubauten mit insgesamt 2.300 Wohneinheiten errichtet werden könnten. Hiervon befinden sich bereits 400 Wohnungen im Planverfahren.

Um eine soziale Durchmischung über die Großsiedlungen hinaus im gesamten Stadtgebiet herbeizuführen, bedarf es einer entsprechenden Steuerung durch Förderung. In neuen planbedürftigen Wohnungsbauvorhaben soll aus diesem Grund künftig ein Anteil von 20% geförderten Sozialwohnungen angestrebt werden. Neuer geförderter bzw. mietpreisgebundener Wohnraum kann so über das ganze Stadtgebiet verteilt entstehen.

Städtebauliche Investitionen und "Aufhübschungsmaßnahmen" werden allein nicht ausreichen, um der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang muss eher von einer Milderung der Folgen von Segregationerscheinungen und deren Auswirkungen gesprochen werden. Eine umfängliche Lösung wird es nicht geben. Eine Mischung aus städtebaulichen Investitionen sowie sozialen Investitionen erscheint hierbei sinnvoller. Mögliche Aspekte wären dabei:

- Verteilung von Sozialwohnungen bzw. bezahlbarem Wohnraum in allen Erfurter Stadtteilen, z.B. in Höhe von 20 Prozent bei allen Neubauvorhaben in Anlehnung an den Entwurf des Erfurter Baulandmodells
- Anreize für Mittelschichtsfamilien in die Großwohnsiedlungen zu ziehen, z.B. über entsprechende Wohnneubauvorhaben:
Dabei zu beachten, dass Strategien verfolgt werden müssen, wie die Mittelschichtsfamilien und bisherige Bevölkerungsteile sich begegnen und die Infrastruktur vor Ort gemeinsam tatsächlich nutzen und nicht nur nebeneinander wohnen.
- Folgen sozialer Segregation mildern:
 - o Integrierte Sozialraumplanung intensivieren
 - o fachbereichsübergreifende Entwicklung integrierter Stadtteilentwicklungskonzepte für Stadtteile mit besonderem sozialen und demographischen Handlungsbedarf unter Einbeziehung der Bürger und Akteure vor Ort, wie unter anderem Wohnungsunternehmen, Ortsteilbürgermeister, soziale Einrichtungen, (siehe z.B. Seniorenbericht 2018)
 - o Verstetigung bestehender Projekte im Bereich Quartiersmanagement/Gemeinwesenarbeit/Stadtteilarbeit, wie z.B. ThINKA Erfurt, und Einführung eines strategischen gesamtstädtischen Quartiersmanagements (siehe z.B. Seniorenbericht 2018) mit fester Anbindung zu den Fachplanungen der Stadtverwaltung mit dem Ziel der sozialen Netzwerk Bündelung vor Ort, Bürgeraktivierung, Imageverbesserung vor Ort, Ressourcenbündelung, Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten, etc.
 - o Stärkung der Schulstruktur in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf
 - o Sozialraumorientierte Ansätze intensivieren, z.B. Einführung sozialraumorientierter Ämterstrukturen, sozialraumorientierte Netzwerkaktivitäten und Hilfefketten, sozialraumorientierte Präventionsangebote
 - o Verzahnung von Angeboten vor Ort
 - o geeignete Methoden zur Bürgerbeteiligung und der Erfassung der Bedürfnisse der Bürger finden/entwickeln

Im Ergebnis der Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung" des IKPE (DS 0246/17) wurde eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe verschiedener für Planung verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dezernat 05 gebildet. Sie setzt sich zusammen aus den Bereichen der Sozial-, der Jugendhilfe-, der Gesundheits-, der Kitabedarfs-, der Bildungs-, und der Schulnetzplanung. In ihr werden die Ergebnisse verschiedener Studien sowie Berichterstattungen aufgegriffen und gemeinsam Strategien entwickelt sowie sozialräumliche Aspekte der jeweiligen Fachplanungen vernetzt und abgestimmt.

Als ein wesentlicher Lösungsansatz werden seitens des Amtes für Bildung zwei Maßnahmen des Schulnetzplanes für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 gesehen. Dieser liegt derzeit als Verwaltungsentwurf vor und soll voraussichtlich im Februar 2019 dem Stadtrat vorgelegt werden. Die betreffenden Maßnahmen lauten derzeit:

- Entwicklung des Schulstandortes Grundschule am Berliner Platz (Staatliche Grundschule 27, Berliner Straße 1 a) und Förderzentrum "Emil Kannegießer" (Staatliches Förderzentrum Nord, Berliner Straße 1)
 - integrierte Planung des Schulstandortes (Beteiligung Jugendhilfe-, KITA-, Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Schulnetz- sowie Stadtentwicklungsplanung)
 - Grundlage: Stadtteilanalyse, die in den nächsten Monaten erarbeitet wird

- Entwicklung des Schulstandortes der Grundschule an der Geraaue (Staatliche Grundschule 28, Bukarester Str. 4) und der Regelschule an der Geraaue (Staatliche Regelschule 23, Bukarester Str. 3)
 - integrierte Planung des Schulstandortes (Beteiligung Jugendhilfe-, KITA-, Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Schulnetz- sowie Stadtentwicklungsplanung)
 - Grundlage: Stadtteilanalyse, die in den nächsten Monaten erarbeitet wird

Ausgehend von den statistischen Kennzahlen der Großwohnsiedlung NORD, der Erfassung aller Institutionen und der Eruiierung der Bedarfe der betreffenden Institutionen (als die grundlegenden Bereiche der Stadtteilanalyse) sollen im Anschluss Maßnahmen abgeleitet werden, die den Problemlagen der betreffenden Statteile entgegenwirken sollen.

Das Amt für Bildung führte am 25.09.2018 eine Diskussionsrunde zum Thema "Sozialräumliche Ungleichheiten als Herausforderung für die lokale Schulpolitik" mit Prof. Helbig im Ratssitzungssaal durch. Dabei wurden die Ergebnisse der Studie zur sozialen Segregation vorgestellt und mit den Teilnehmenden über Herausforderungen sowie Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Der Kontakt zwischen dem Amt für Bildung und Prof. Helbig soll auch weiterhin aufrechterhalten und intensiviert werden.

Die Jugendhilfe kann mit ihren Leistungen bzw. Angeboten zunächst auf das Phänomen der sozialen Segregation reagieren. Für Erfurt bedeutet das konkret, dass Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien nicht ausschließlich, aber prioritär in den Großwohnsiedlungen Nord und Südost geleistet werden. Dies trifft bspw. für Angebote der Jugendarbeit (Jugendhäuser und Bildungsprojekte), Jugendsozialarbeit (Streetwork und schulbezogene Jugendsozialarbeit), Familienbildung (Familienzentrum, Mehrgenerationenhaus und ThEKiZ) zu und ist durch die Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung" des IKPE auch empirisch belegt (siehe DS 0246/17).

Darüber hinaus trägt die Jugendhilfe mit ihren Leistungen und Angeboten, die Teil der sozialen Infrastruktur sind, auch dazu bei, Stadtgebiete wie die Großwohnsiedlungen für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv zu machen. Wenn im Wohnumfeld bspw. gut ausgestattete Kitas in Anspruch genommen werden können oder Jugendfreizeit-einrichtungen interessante Angebote vorhalten, werden damit nicht ausschließlich Familien bzw. junge Menschen mit sozialer Benachteiligung angesprochen. Damit kann sozialer Segregation entgegengewirkt werden, wenn diese Angebote Teil eines entsprechenden Gesamtkonzeptes im Rahmen integrierter Stadtentwicklung sind.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Bausewein